

Nach dem „Ja“ von Zella-Mehlis und Oberhof für eine Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) zur Entwicklung eines Oberzentrums Südthüringen stimmt heute der Stadtrat Suhl dazu ab. Die Zeichen stehen gut.

von Rolf Dieter Lorenz

Suhl – Der Weg ist noch weit. Der Weg ist noch lang. Und es könnte etwa fünf bis zehn Jahre dauern. Das ist das Fazit des Stadtgesprächs der Linken Stadtratsfraktion, die zu einer Diskussion über die Entwicklung eines Oberzentrums Südthüringen eingeladen hatte. Richten soll es eine kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG), der zunächst die Städte Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof angehören werden, repräsentiert durch die jeweiligen Stadtbürgermeister. „Die Zeichen dafür stehen im Moment ganz gut“, sagt Ina Leukefeld (Die Linke), Landtagsabgeordnete und Stadträtin in Suhl, leicht zu Beginn der Veranstaltung.

Das Land wolle zwar keine Inflation von neuen Oberzentren, macht Klaus Sühl (Die Linke) deutlich, der als Staatssekretär in dem für Landesentwicklung zuständigen Infrastrukturministerium tätig ist. Aber: Es würde dieses Vorhaben positiv unterstützen, damit die Region Südthüringen nicht von den bestehenden Oberzentren in Erfurt, Jena und Gera in den Schatten gestellt würde. Das Land werde jedenfalls mithelfen, wenn Städte in der Region Südthüringen lieber gemeinsam Nahverkehr, Straßenbau, medizinische Versorgung, Bildungseinrichtungen, Tourismus und Einzelhandelskonzepte für die Menschen entwickeln und verbessern wollten, als sich vor Gericht darüber zu streiten. So wie es im Fall von Suhl und Zella-Mehlis wegen des A 71-Centers und der Einzelhändler im Suhler Steinweg in der Vergangenheit war und immer noch abhängig ist.

Die Hälfte reicht auch

Man brauche für ein Oberzentrum nicht unbedingt 100.000 Einwohner, wie es mal festgelegt worden sei. 50.000 bis 60.000 Einwohner würden auch reichen, wenn ein solches Oberzentrum eine Ausstrahlung über die Städte und Landkreise und über deren Mittelzentren hinaus entwickeln könne. Auch im Hinblick auf ein Wintersportzentrum mit Weltcup und Weltmeisterschaften in Biathlon und Rodeln sowie ein Tourismusangebot über das ganze



Das hat offenbar Spaß gemacht: Staatssekretär Klaus Sühl (stehend) war Gast des Stadtgesprächs der Linken Landrätin Peggy Greiser, der Zella-Mehliser Bürgermeister Richard Rossel, Suhls Bürgermeister Jan Turczynski, Philipp Weltzien und Stadträtin Ina Leukefeld (von links) saßen mit ihm im Präsidium. Fotos (2): frank

Jahr. Dazu seien einzelne Städte wie Suhl, Zella-Mehlis, Oberhof, Brotterode-Trusetal oder Masserberg gar nicht in der Lage.

Rossel: Gemeinsame Ziele

Richard Rossel (parteilos), Bürgermeister von Zella-Mehlis, bringt die Diskussion auf den Punkt. „Wir haben eine gemeinsame Schienenanbindung und eine Autobahnanbindung. Wir haben ein Klinikum, ein Schießsportzentrum und ein Congress-Centrum in Suhl. Wir haben Oberhof als Wintersportort. Wollen wir alle diese Potenziale liegen lassen oder wollen wir sie gemeinsam heben und weiterentwickeln?“ Es gebe doch viele gemeinsame Interessenlagen und Ziele. Alles, was Suhl misslinge, schade doch auch Zella-Mehlis und umgekehrt. Alles was Suhl gelinge, davon profitiere auch Zella-Mehlis. „Die Einkaufsmeile der Zella-Mehliser ist doch auch der Suhler Steinweg mit allen seinen Händ-

lern“, sagt Rossel. Bezogen auf den Rechtsstreit in Sachen A 71-Center meint er: Der gemeinsame Gegner seien nicht die einzelnen Städte, sondern der zunehmende Internethandel, der Geschäfte zum Aufgeben zwingt und die Innenstädte veröden lasse. Nur gemeinsam könne man vorankommen. Sein Stadtrat sei für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Entwicklung eines Oberzentrums Südthüringen und habe deutlich gemacht, dass die alten Grabenkämpfe mit Suhl der Vergangenheit angehören müssten.

Für den Kreis Schmalkalden-Meiningen erklärt Landrätin Peggy Greiser, man werde die ganze Entwicklung zu einem Oberzentrum Südthüringen positiv begleiten. Aber man müsse auch darüber nachdenken, wie die größeren Städte des Kreises, wie Meiningen und Schmalkalden, einbezogen werden könnten.

In der Diskussion wird kritisiert, dass die Bürgermeister der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG)

mindestens zwei Mal im Jahr öffentlich – also quasi als Kongress – tagten und die Städte im Prinzip weder beteiligt noch informiert würden. Gerangel um Basisdemokratie, Information und Kontrollfunktion des Stadtrats Transparenz.

Doch auch diese Klippe wird leicht elegant umschifft. Die Bürgermeister könnten doch verwendet werden, jederzeit im Hauptamt der Städte über Tagesordnung Diskussionen, Beschlüsse und Fragen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) berichten. Damit sei der Stadtrat ja im Bilde.

Geld nur bei Einigkeit

Außerdem, so Staatssekretär Sühl, müssten alle Beschlüsse Vorlagen der KAG, die die Bürgermeister verabredet hätten, von Stadträten mit Mehrheit abgelehnt oder ratifiziert werden. Dies sei Voraussetzung, das Land gemeinsame Projekte zu vermitteln unterstütze.

Mehrere Bürger werten die Diskussion an diesem Abend als einen guten Anfang und als einen ersten Schritt, damit endlich Frieden zwischen den miteinander zerstrittenen Städten der Bergregion kommt. Suhls Bürgermeister Jan Turczynski (parteilos) bestätigt auf Nachfrage die Bedeutung: „Ja, da könnte wirklich etwas zusammenwachsen, was eigentlich zusammengehört!“ Es dürfe die letzte und die einzige sein, die Region zu einem Oberzentrum gemeinsam nach vorn zu entwickeln und zu einem schlagkräftigen Oberzentrum Südthüringen.



Einige Gäste hatten sich im Türrahmen des CCS zur Diskussionsrunde um die Entwicklung eines Oberzentrums in der Region eingefunden.